

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 14. September 2021

Unwetterkatastrophe

Welche Konsequenzen müssen aus der Unwetterkatastrophe von Juli gezogen werden? Über diese Frage hat der Landtag nach einer Unter- richtung durch die Landesregie- rung debattiert. S. 3

Haushalt

Die Landesregierung hat den Ent- wurf für den Haushalt 2022 einge- bracht. Mit einem Nachtragsetat 2021 wurden die Wiederaufbauhil- fen nach der Unwetterkatastrophe auf den Weg gebracht. S. 4-5

Pandemien

Zoonosen sind Infektionskrankhei- ten, die von Tieren auf Menschen übertragen werden. Covid-19 steht im Verdacht, dazuzugehören. In einer Anhörung ging es um For- schung und Prävention. S. 11-13

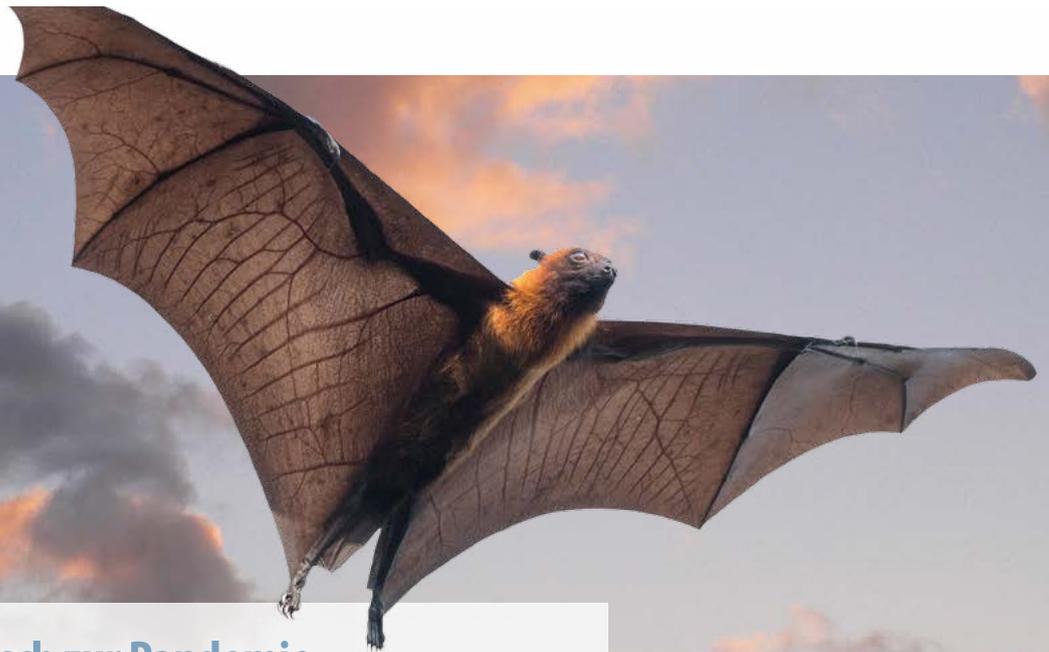
Gedenken

Mit einer Gedenkstunde im Ple- narsaal des Landtags hat Nord- rhein-Westfalen an die Opfer der Unwetterkatastrophe von Mitte Juli erinnert. Mit einer Schweigeminute wurde der Toten gedacht. S. 20-21

Lichtkunst zum Jubiläum 75 Jahre Nordrhein-Westfalen



INHALT



Vom Tier zum Mensch zur Pandemie

Sachverständige diskutieren den Umgang mit Zoonosen S. 11

Standpunkte S. 12

Foto: Adobe Stock, chamnan phanthong

Aus dem Plenum

Die Jahrhundertflut und die Folgen S. 3

Landtag debattiert Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 .. S. 4

Meldungen S. 6

Impfangebote für die Jüngeren S. 8

Corona: Schutz von Kindern und Jugendlichen S. 9

Gesetzgebung S. 10

Forum

Illumination zum Landesjubiläum S. 14

Festakt auf der Galopprennbahn S. 16

Aus den Fraktionen S. 18

Forum

Nordrhein-Westfalen gedenkt der Flutopfer S. 20

Aus den Ausschüssen
Meldungen S. 22

Im Porträt

Olaf Lehne (CDU) S. 23

Kurz notiert S. 24

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 10. September 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelbild: Pascal Butt

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Foto: Schälte

PLENUM

Die Jahrhundertflut und die Folgen

Debatte über Konsequenzen aus der Unwetterkatastrophe

8. September 2021 – Die Unwetterkatastrophe von Mitte Juli hat tiefe Wunden gerissen. Ganze Landstriche wurden verwüstet. Es starben rund 190 Menschen, davon 49 in Nordrhein-Westfalen. Welche Konsequenzen müssen aus der Katastrophe gezogen werden? Darüber diskutierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch die Landesregierung.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) sagte, die akute Katastrophenlage sei beendet und auch die Aufräumarbeiten seien weitgehend abgeschlossen. Nun folge das „Kapitel Wiederaufbau“ – und dieses werde lang sein. Reul kündigte an, Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen. Er sagte: „Wir müssen für die Zukunft besser werden.“ Dazu gehöre auch aufzuarbeiten, was nicht gut gelaufen sei. Die nächste Katastrophe werde kommen. Und niemand wisse, wann dies sein werde. Daher müssten schnell Konsequenzen gezogen werden. Dazu habe er ein Kompetenzteam einberufen. Konkret nannte er u. a. Änderungen beim Warnsystem.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** betonte, die Betroffenen verlangten nach Antworten auf die Frage, warum die Katastrophe 49 Opfer gefordert habe. Der Innenminister sei eine Antwort darauf schuldig geblieben. Er habe stattdessen eine „Rechtfertigungsrede“ gehalten und Nebelkerzen geworfen. Seine Fraktion habe der Landesregierung acht Wochen Zeit gegeben, um ihren Aufklärungswillen zu zeigen. Sie habe aber bislang keine Antwort auf ihre Fragen erhalten. Daher werde sie am kommenden Tag gemeinsam mit der Grünen-Fraktion für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stimmen (siehe S. 7).

Aktuell gehe es vorrangig um Verbesserungen beim Katastrophenschutz und nicht um die Beantwortung der Frage, „wer wo was falsch gemacht hat“, sagte **Thomas Schnelle** (CDU). Klar sei aber auch, dass die Strukturen im Katastrophenschutz in Verantwortung der rot-grünen Vorgängerregierung entstanden seien. Es müs-

se u. a. geklärt werden, wo das Land die Kommunen mehr unterstützen könne. Schnelle forderte die anderen Fraktionen auf, „konstruktiv an einem Upgrade des Katastrophenschutzes in NRW“ zu arbeiten. Es sei „sehr viel besser“, wenn das Parlament keinen Untersuchungsausschuss, sondern eine Enquetekommission einrichten würde.

Die Unterrichtung von Innenminister Reul sei inhaltlich ein „Armutzeugnis“ gewesen, urteilte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Er habe keinen Vorschlag eingebracht, wie der Katastrophenschutz gestärkt werden könne. Reul habe zudem die Verantwortung im Krisenmanagement auf Kommunen und den Deutschen Wetterdienst abgewälzt. Die Aufforderung, dass das Parlament keinen Untersuchungsausschuss einberufen solle, sei eine „Unverschämtheit“. Die Behördenarbeit müsse aufgearbeitet werden. Zugleich seien Strukturen zu verbessern – etwa durch die Einrichtung eines Landesamts für Katastrophenschutz, um Kompetenzen zu bündeln.

„Lücken im System“

Bereits Jahre vor dem Hochwasser und der Corona-Pandemie sei die Frage aufgeworfen worden, „wie wir auf Großschadensereignisse vorbereitet sind“, sagte **Dr. Werner Pfeil** (FDP). Schon damals seien „Lücken im System“ auf Bundes-, Landes- und Kreisebene erkennbar gewesen. Er frage sich, ob ein Untersuchungsausschuss bei der Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe helfe, sagte Pfeil. Es gelte, die „immer noch notwendigen Herausforderungen zu bewältigen – nämlich den

Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe zu verbessern“. Er schlug u. a. die Einrichtung eines entsprechenden Landesamts vor.

Noch immer gebe es im Katastrophengebiet Häuser ohne Strom, Gas und Trinkwasser, sagte **Dr. Christian Blex** (AfD). Die „Mangelliste“ sei „erschütternd und lang“. Dies sei die aktuelle Zwischenbilanz nach zwei Monaten. Doch gehöre es „zu unserem Selbstverständnis als Deutsche, alles wieder aufzubauen, was zerstört wurde“. Blex sagte: „Unser Volk ist solidarisch. Wir helfen uns gegenseitig.“ Die Menschen hätten die „schmerzliche Erfahrung gemacht“, dass sie sich „nicht auf die Regierung verlassen“ dürften. Statt Verantwortung zu übernehmen und Führung zu zeigen, sei sie dem „links-grünen Medienzeitgeist hinterhergelaufen“.

Die Unterrichtung trug den Titel „Jahrhundertflut 2021 – Nordrhein-Westfalen zieht die Lehren aus der Katastrophe“. Der Debatte lagen zudem weitere Anträge zugrunde. Ein Antrag der SPD-Fraktion („Schnelle Hilfe – bessere Prävention – Natur schützen! NRW nach der Hochwasserkatastrophe“; [17/14939](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. Zwei Anträge der Fraktionen von CDU und FDP wurden angenommen („Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen – Wiederaufbau und Anpassungsmaßnahmen zum Hochwasserschutz zügig in die Wege leiten“; [17/14953](#), sowie „Beschleunigung des Wiederaufbaus nach dem Hochwasser“; [17/14954](#)).

Der Landtag hatte bereits in einer Sondersitzung in der Sommerpause über die Unwetterkatastrophe debattiert. Mehr dazu lesen Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de. *wib, tob, zab*

Landtag debattiert Haushalts

8. September 2021 – Der Landtag hat sich in 1. Lesung mit dem Haushaltsentwurf 2022 der Landesregierung befasst. Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) hatte ihn eingebracht. Der Entwurf sei weiterhin durch die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen geprägt, sagte er. Eine kontroverse Diskussion schloss sich an.

Der Haushaltsentwurf ([17/14700](#)) hat ein Volumen von 87,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 84,1). Angaben des Finanzministeriums zufolge wird der „NRW-Rettungsschirm“ mit seinem Sondervermögen von bis zu 25 Milliarden Euro auch im kommenden Jahr fortgeführt, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Der „reguläre Haushalt“ solle weiterhin ohne neue Schulden auskommen. Für Personalausgaben seien 31,2 (Vorjahr: 29,9), für Investitionen 9,6 Milliarden Euro vorgesehen (Vorjahr: 8,7). Schwerpunkt seien mittel- und langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes.

Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) sagte bei der Einbringung des Entwurfs, die Koalition von CDU und FDP habe mit Regierungsübernahme 2017 die Finanzpolitik auf eine neue Grundlage gestellt und ein knappes halbes Jahrhundert beendet, in dem neue Etats immer neue Schulden aufgewiesen hätten. Der neue Entwurf sehe mit 9,6 Milliarden Euro einen Rekordwert für neue Investitionen vor. Im Kernhaushalt 2022 würden erneut keine neuen Schulden vorgesehen. Lienenkämper

Fotos: Schälte



Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

verwies darauf, dass mit der Corona-Pandemie und der Unwetterkatastrophe „zwei beispiellose Krisen“ das Land getroffen hätten. Gerade jetzt zeige sich, dass die neue Finanzarchitektur trage. NRW sei besser durch die Corona-Krise gekommen als der Bundesdurchschnitt. Und nach der Unwetterkatastrophe könne Hilfe in der Not geleistet werden.

Die Landesregierung behaupte, der Haushalt sei ausgeglichen, obwohl er kreditfinanziert sei und ein Milliardendefizit kaffe, kritisierte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. „Diese Wahrheit findet man nur im Kleingedruckten.“ Es handle sich um einen „raffinierten Bluff“ des Finanzministers. „Aber der fliegt auf“, so Kutschaty. Laut Landesrechnungshof sei in guten Zeiten nicht ausreichend vorgesorgt worden. Zu wenig Investitionen in Windkraft, Schulen,

den Kita-Ausbau, steigende Mieten, eine fehlgeleitete Wohnungsbaupolitik, Selbstzufriedenheit – das sei die Bilanz nach mehr als vier Jahren schwarz-gelber Landesregierung. Sie habe die Ministerialbürokratie aufgebläht – um 1.087 neue Stellen in fünf Jahren. Kostenpunkt: 100 Millionen Euro jährlich. Die Ideen der Landesregierung seien verbraucht. Es sei Zeit für eine neue Regierung.

„Stabilität und Sicherheit“

Es handle sich um einen Haushalt „in vermutlich einer der schwierigsten Phasen, die unser Land seit seiner Gründung erlebt hat“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Trotz der Pandemie und zusätzlicher Belastungen durch die Hochwasserkatastrophe gewährleiste der Entwurf die „Stabilität nordrhein-westfälischer Finanzen“. Er biete „Sicherheit für die Fortsetzung begonnener Vorhaben“ und schöpfe alle Möglichkeiten aus, „um richtige und notwendige Zukunftsimpulse zu geben“. Löttgen wies die Vorwürfe der SPD-Fraktion zurück. Seit 2017 eine die „NRW-Koalition der Grundsatz, dass solide Finanzen die beste Grundlage für gute Politik sind“. Die Ausgaben des Landes folgten wieder den Einnahmen. „Erreichtes sichern und Neues ermöglichen“ müsse der Anspruch eines jeden Haushalts sein. Während SPD und Grüne redeten, handle die „NRW-Koalition“.

Die großen Herausforderungen wie die Klimakrise, die Hochwasserkatastrophe, die Corona-Pandemie und auch die zunehmende soziale Spaltung erforderten eine andere Antwort als den vorgelegten Haushaltsentwurf,

Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU)



entwurf für das Jahr 2022



Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

konstatierte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Die Generationengerechtigkeit sei nun auch höchstrichterlich festgeschrieben: Die politische Verantwortung dürfe nicht auf kommende Generationen abgeschoben werden. Paul forderte daher, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen, ein Klima-Investitionspaket für die Industrie zu schnüren und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Mehr Vorsorge beim Hochwasserschutz erfordere weniger Flächenversiegelung, damit Wasser sich ausbreiten könne. Außerdem verlangte Paul einen Alt-schuldenfonds für die Kommunen. Lebensverhältnisse und Zukunftschancen dürften nicht von der Postleitzahl abhängen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** warf der Opposition vor, in der Haushaltsdebatte ein „Zerrbild“ von Nordrhein-Westfalen gezeich-

net zu haben. CDU und FDP hätten 2017 einen Politikwechsel eingeleitet, der für Modernisierung stehe, „fair und verlässlich“. Das sei gut für das Land. Und die Menschen seien dankbar für diesen Politikwechsel und wollten Rot-Grün nicht zurück. Dieser Politikwechsel wäre auch gut für Berlin, sagte Rasche mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl. Seit 2018 habe die Landesregierung die „schwarze Null“ in ihren Haushalten gehalten. Zugleich seien die Investitionen auf ein Rekordniveau gestiegen. „In Nordrhein-Westfalen wird endlich wieder investiert“, sagte Rasche. Die Koalition stehe u. a. für Investitionen in Kitas, Schulen, die Innere Sicherheit und den Klimaschutz.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Markus Wagner** bewertete den Haushaltsentwurf als ein „finanzpolitisches Debakel“. Er sei ein Abgesang

auf die Annahme, CDU und FDP könnten mit Geld umgehen. „Sie können es nicht mehr.“ Der Landesrechnungshof spreche sogar von einer Irreführung der Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung führe zwei Haushaltsbücher und schiebe die Einnahmen und Ausgaben hin und her, sagte Wagner. Die Behauptung, Kredite für die Aufnahme des Corona-Rettungsschirms mit 500 Millionen Euro pro Jahr zu tilgen, sei „unseriös“. Das Land werde die Schulden nicht zurückzahlen. Daher müsse die Schuldenbremse in der Landesverfassung festgeschrieben werden. Zudem brauche der Landesrechnungshof mehr Kompetenzen. Die Schulden des Landes beliefen sich Ende 2020 auf 155 Milliarden Euro.

Der Haushaltsentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. *wib, zab, sow, tob*

Hochwasserkatastrophe: Nachtragshaushalt und Sondervermögen

8./9. September 2021 – Der Landtag hat einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 ([17/14920](#)) sowie die Errichtung eines Sondervermögens „Wiederaufbauhilfe Nordrhein-Westfalen 2021“ ([17/14921](#)) beschlossen. Die erforderlichen Gesetze der Landesregierung wurden einstimmig verabschiedet. Das Geld ist für die Beseitigung der Unwetterschäden und zum Wiederaufbau in den von der Hochwasserkatastrophe Mitte Juli betroffenen Regionen bestimmt.

Die Starkregen- und Hochwasserkatastrophe hatte nach Angaben der Landesregierung allein in Nordrhein-Westfalen Schäden in Höhe von mehr als 13 Mrd. Euro verursacht: „Die unverzüglich gewährten Soforthilfen

dienten der Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens in den Kommunen sowie insbesondere der Abwendung existenzbedrohender Lagen in Betrieben und Privathaushalten.“ Allerdings seien weitere finanzielle Anstrengungen erforderlich.

Bund und Länder hätten sich deshalb auf die Einrichtung des Fonds „Aufbauhilfe 2021“ in Höhe von bis zu 30 Mrd. Euro geeinigt. Mit dem Nachtragshaushalt 2021 würden die mit dem Bund vereinbarten Maßnahmen auf Landesebene umgesetzt. Zentrales Instrument sei dabei die Errichtung eines Sondervermögens „Wiederaufbauhilfe Nordrhein-Westfalen 2021“, um die Mittel aus

dem Sondervermögen des Bundes abrufen zu können. Das Volumen des NRW-Haushalts 2021 bleibe unverändert.

Der Bund dotiere das Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“ im Jahr 2021 mit zunächst 16 Mrd. Euro, wovon 2 Mrd. für die Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes und 14 Mrd. für Wiederaufbauhilfen für die Länder vorgesehen seien. Der Finanzierungsanteil der Länder für die erste Tranche von 14 Mrd. Euro betrage von 2021 bis 2050 jährlich 233,3 Mio. Euro. Innerhalb der Länder verteilen sich die Lasten nach den Verhältnissen der Einwohnerzahlen. Für Nordrhein-Westfalen ergäben sich jährliche Mindereinnahmen für den Landeshaushalt von rund 50 Mio. Euro für die Jahre 2021 bis 2050.



Pandemische Leitlinien

8.9.2021 – Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/14957](#)) neue „Pandemische Leitlinien“ beschlossen. Die Landesregierung müsse sie „bei den von ihr zu treffenden Entscheidungen im Rahmen des pandemischen Geschehens beachten“, heißt es im Antrag. Die ersten Leitlinien habe der Landtag am 30. April 2021 beschlossen und am 30. Juni angepasst (befristet bis zum 15. September 2021). Aufgrund der aktuellen Entwicklung sei es „erforderlich und möglich“, sie erneut anzupassen. In den neuen Leitlinien (befristet bis zum 16. Dezember 2021) wird u. a. die Bedeutung des Impfens betont. Es sei der „entscheidende Schritt heraus aus der Pandemie“. Die von Expertinnen und Experten gewonnenen Erkenntnisse gelte es „zu bündeln, auszubauen und so zu nutzen, dass die Pandemie unter Kontrolle gehalten wird und eine Aussicht besteht, sie final zu beenden“. Weitere Schwerpunkte der Leitlinien sind Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, die Eigenverantwortung der Bevölkerung bei der Pandemiebekämpfung sowie die Entwicklung einer Exit-Strategie für die „Zeit nach Corona“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen. Dagegen stimmten SPD, Grüne und AfD. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ([17/15126](#)) wurde abgelehnt.

Agrarwirtschaft

8.9.2021 – Die SPD-Fraktion will ein „Agrarstrukturgesetz“ für Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen. In Vorbereitung dazu solle die Landesregierung ein Lagebild für die Landwirtschaft erstellen, fordert die Fraktion in einem Antrag ([17/14937](#)), der zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen wurde. Die Preisentwicklung für Agrarland gefährde aktuell die landwirtschaftlichen Betriebe. Der „Flächenfraß“ von 19 Hektar pro Tag und der „vermehrte Druck von nichtlandwirtschaftlichen Akteuren“ auf den Bodenmarkt hätten zu einer massiven Preisstei-

gerung geführt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe habe in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen. Die SPD fordert die Landesregierung u. a. auf, eine gemeinnützige Landgesellschaft einzuführen und das Vorkaufsrecht zu stärken, besonders für junge Landwirtinnen und Landwirte sowie für Existenzgründerinnen und -gründer. Zudem müsse die Spekulationsschwelle bei Kaufverträgen gesenkt werden. Und es brauche Regularien, um die Umgehung der Grunderwerbssteuer bei Flächenkäufen – sogenannte Share Deals – zu bekämpfen.

Zwischenbericht

8.9.2021 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV („Kindesmissbrauch“) soll dem Landtag einen Zwischenbericht vorlegen. Dies hat das Plenum auf einen entsprechenden Antrag ([17/14935](#)) der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen hin einstimmig beschlossen. Der Untersuchungsausschuss habe in seiner Sitzung am 7. Juni 2021 einstimmig festgestellt, „dass der Einsetzungsauftrag bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr vollständig abgearbeitet werden kann“, heißt es in dem Antrag. Der Zwischenbericht „darf eine Beweiswürdigung nur solcher Gegenstände der Verhandlungen enthalten, die der Untersuchungsausschuss mit zwei Dritteln seiner Mitglieder beschlossen hat“. Dies sei im Einsetzungsbeschluss geregelt. Der Landtag hatte in seiner Sitzung am 26. Juni 2019 beschlossen, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Anlass war der vielfache sexualisierte Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Der Ausschuss befasst sich u. a. mit dem Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie der Ermittlungsbehörden und Jugendämter.

Schulfinanzierung

8.9.2021 – Die Finanzierung der Schulen in Nordrhein-Westfalen müsse grundlegend reformiert werden, fordert die SPD-Fraktion. Der Investitionsstau werde mittlerweile auf rund 10 Milliarden Euro geschätzt, schreibt die

Fraktion in einem Antrag ([17/14938](#)). Auch der Städtetag NRW dränge auf eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung. Schule habe sich fundamental gewandelt, die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und Kommunen jedoch sei über Jahrzehnte gleichgeblieben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Digitalisierung seien gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die primär in die Zuständigkeit des Bundes fielen, aber durch Länder und Kommunen ausgestaltet werden müssten. Schulsozialarbeit, Ganztag und Inklusion seien weitere Beispiele für die „Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen“, so die Fraktion. Die Landesregierung müsse u. a. mit Kommunen in Verhandlungen treten, um die Finanz- und Aufgabenverteilung zu restrukturieren. Zudem müsse mit Ländern und Kommunen über eine „Neustrukturierung der Aufgabenbeziehungen im Bildungsbereich und eine sich daran orientierende neue Finanzierungssystematik“ verhandelt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Volksinitiative Artenvielfalt

8.9.2021 – Eine Volksinitiative zur Verbesserung der Artenvielfalt in NRW wird den Landtag beschäftigen. Landtagspräsident André Kuper unterrichtete das Parlament darüber, dass die Initiative die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht habe ([17/14881](#)). Laut Landesverfassung müssen dies 0,5 Prozent der Wahlberechtigten sein. Dies entspricht 65.825 Unterschriften. Laut Angaben der Initiative kamen rund 115.000 Unterschriften zusammen. Unter dem Motto „Insekten retten – Artenschwund stoppen“ werben laut Kuper die Unterstützerinnen und Unterstützer für konkrete Handlungsvorschläge. Das Land solle den „Flächenfraß verbindlich stoppen“, Schutzgebiete wirksam schützen, naturnahe und wilde Wälder zulassen, eine naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranbringen, den Biotopverbund stärken und ausweiten, lebendige Gewässer und Auen sichern, Artenschutz in der Stadt fördern und einen Nationalpark in der Senne



ausweisen. Das Plenum hat die Volksinitiative an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen, um dort – wie gesetzlich vorgeschrieben – Vertrauenspersonen der Volksinitiative anzuhören.

Untersuchungsausschuss

9.9.2021 – Der Landtag wird einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe von Mitte Juli einsetzen. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen ([17/14944](#); Neudruck) wurde mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Für den Antrag stimmten SPD und Grüne. Die anderen Fraktionen enthielten sich. Die AfD-Fraktion hatte ebenfalls die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert. Ihr Antrag ([17/14948](#)) wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt. Der Ausschuss erhalte den Auftrag, „mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung, vor allem, jedoch nicht ausschließlich, der Staatskanzlei, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ihrer nachgeordneten Behörden, der Wasserverbände und Talsperrenbetreiber bei der Abwehr von Gefahren für Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld und während des hohen Niederschlags zu untersuchen, welcher sich im Zusammenhang mit dem Tief ‚Berni‘ im Zeitraum vom 12. bis 15. Juli 2021 ereignete“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich vom 9. Juli 2021, dem Tag der ersten Warnmeldungen durch das „European Flood Awareness System (EFAS)“ zu einem bevorstehendem Unwetter, bis zum Tag der Einsetzung des Untersuchungsausschusses. SPD und Grüne führen insgesamt 65 Fragen an, die der Ausschuss insbesondere aufklären soll. Dabei geht es u. a. um die Kommunikation der Landesregierung und nachgeordneter Behörden mit dem Deutschen Wetterdienst, Maßnahmen im Vorfeld der Katastrophe und Konsequenzen für die Zukunft.

Afghanistan

9.9.2021 – Der Landtag hat über Hilfen für flüchtende und bedrohte Menschen aus Afghanistan debattiert. Grundlage war ein Antrag der Grünen-Fraktion, in dem sie u. a. ein Aufnahmeprogramm des Landes fordert ([17/14943](#)). Es solle auch solche Menschen berücksichtigen, die bereits in Anrainerstaaten Afghanistans geflohen seien oder sich in Transitstaaten befänden. Außerdem solle sich die Landesregierung für die schnelle Umsetzung eines dauerhaften Bund-Länder-Aufnahmeprogramms und für einen Abschiebestopp einsetzen. Die Fraktion fordert eine Aufenthaltsperspektive auch für Journalistinnen und Journalisten, Aktivistinnen und Aktivisten, ehemalige Regierungsbeamte und deren Familienangehörige. Es gelte, Angehörige von in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen zu identifizieren und möglichst zu evakuieren, eine Aufenthaltsberechtigung von geduldeten afghanischen Flüchtlingen „wohlwollend“ zu prüfen und bei der Identitätsprüfung auf einen afghanischen Pass zu verzichten. Die Fraktion fordert zudem eine frühzeitige Kooperation mit den Kommunen, den Zugang zu psychosozialer Beratung und einen unbeschränkten Zugang beispielsweise zu Sprachkursen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich.

Straßen- und Wegegesetz

9.9.2021 – Die Landesregierung plant Änderungen am Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Regelungsbedarf bestehe, da es nicht ausreichend Parkmöglichkeiten und Stellplätze für Lkw gebe, heißt es in einem Gesetzentwurf ([17/14962](#)), der zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen wurde. „Vorgesehen ist die Errichtung von Lkw-Parkplätzen in der Baulast des Landes mit unmittelbarem oder mittelbarem Anschluss an das Landesstraßennetz innerhalb oder außerhalb geschlossener Ortschaften (z. B. in Gewerbegebieten).“ Handlungsbedarf bestehe zudem bei Planungs-

und Genehmigungsverfahren, die vereinfacht werden müssten, sowie mit Blick auf die Parkplatzsituation in Städten und Gemeinden. „Häufig werden Parkplätze durch Fahrzeuge ohne Zulassung oder von gewerblichen Händlern belegt.“ Im Straßen- und Wegegesetz solle daher klargestellt werden, „dass auch nicht mehr im Rahmen des Gemeingebrauchs abgestellte Fahrzeuge eine unerlaubte Sondernutzung darstellen, deren Beseitigung die zuständige Behörde anordnen kann bzw. die sie selbst im Rahmen der Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen beseitigen kann“.

Große Anfrage

9.9.2021 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion („Kosten und Nutzen der kommunalen ‚Klimaschutzmaßnahmen‘ in den Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens“, [17/11619](#)) sowie die Antwort der Landesregierung ([17/13566](#)) debattiert. In der Großen Anfrage heißt es, dass „lediglich 5 Prozent der CO₂-Emissionen auf einen menschlichen Beitrag zurückgehen“. Der „deutsche Anteil an den durch menschliches Wirken verursachten CO₂-Emissionen“ betrage derzeit rund 2 Prozent. Lokal gebe es nur „sehr geringe Möglichkeiten“, die Emissionen wirksam zu reduzieren. Dennoch stellten viele Kommunen zu diesem Zweck „Klimaschutzmanager“ ein. Die insgesamt 92 Fragen der Fraktion beziehen sich u. a. auf Personal- und Sachkosten, kommunale Klimaschutzkonzepte und die Förderung durchs Land. Die Landesregierung bezeichnet den kommunalen Klimaschutz in ihrer Antwort als „wichtiges Handlungsfeld zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen und unerlässlich für das Ziel der Treibhausgasneutralität bis zur Mitte dieses Jahrhunderts“. Klimaschutz werde „vor Ort konkret“. Die Kommunen und Kreise hätten „vielfältige Verantwortungsbereiche, in denen Treibhausgase gemindert werden können“. Als „Verwaltungsebene mit der größten Bürgernähe sind sie zudem Vorbilder und wichtige Multiplikatoren“.

Impfangebote für die Jüngeren

Landtag debattiert über Aktion der Stadt Duisburg

9. September 2021 – Die Corona-Impfungen von Schülerinnen und Schülern haben den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Konkret ging es um die Finanzierung von Bustransfers zu Impfzentren. Die Debatte war von der SPD-Fraktion beantragt worden.



Foto: Schälte

Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag ([17/15114](#)) auf eine Aktion der Stadt Duisburg, die Schülerinnen und Schüler mit Shuttle-Bussen ins Impfzentrum fahre statt sie in der Schule zu impfen. Das Land wolle aber die Kosten in Höhe von 27.000 Euro nicht übernehmen, weil die Aktion unnötigen Druck auf Schülerinnen und Schüler ausübe. Die SPD fordert dagegen, das Land müsse den Kommunen finanzielle Unterstützung für ähnliche Impfkaktionen aus dem NRW-Rettungsschirm zusagen, um die Impfquote vor dem Winter zu erhöhen.

„Die Kinder und Jugendlichen haben in dieser Pandemie eine enorme Last getragen“, sagte **Josef Neumann** (SPD). Er wolle nicht, dass die Schülerinnen und Schüler noch einmal aus der Schule verbannt würden. Es gebe aber bereits Warnungen vor einer vierten Corona-Welle. „Die Impfquote wird darüber entscheiden, wie wir durch den Herbst und Winter kommen“, sagte er. In Duisburg hätten 2.450 Kinder dank der städtischen Initiative ihre erste Impfung erhalten. Das Vorgehen der Stadt sei ein „toller Beitrag“ und übe keineswegs Druck aus. „Das ist kein Druck, das ist Verantwortungsbewusstsein“, betonte Neumann.

„Uns allen ist bewusst, dass die Impfung letztlich der einzige Weg aus der Pandemie ist“, erklärte **Wilhelm Hausmann** (CDU). Deshalb sei die Freigabe des Impfstoffs für 12- bis 17-Jährige durch die Ständige Impfkommission so wichtig. Jedoch brauche es für die Impfung der Jugendlichen weder eine kleinteilige Steuerung aus Düsseldorf noch Druck auf die Menschen.

Das Ansehen der Impfung solle nicht beschädigt werden. Die von der SPD geforderten Beiträge für die Stadt Duisburg als Refinanzierung durchs Land seien durch andere Zuwendungen an die Kommunen bereits umfangreich abgedeckt, so Hausmann.

„Hilflosigkeit“

Die Begründung der Landesregierung, warum sie kein Geld für Busse ausgeben wolle, sei an den Haaren herbeigezogen, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Sie sei der Sache nicht angemessen und ein Zeichen von Hilflosigkeit. Die CDU mache „das Gleiche wie immer. Sie sagt nicht, was zu tun ist, sondern, was schlecht ist“. Das Impfen sei „jetzt ganz zentral“. Er sei der Auffassung, dass man durchaus etwas Druck ausüben könne. „Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen geimpft werden können“, sagte Mostofizadeh. Das Land könne zum Beispiel Ideenwettbewerbe ausloben. Von der Landesregierung erwarte er ein Gesamtkonzept.

Die SPD verbreite „Angst und Panik“, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Es sei „nicht so, dass wegen dieses vermeintlichen Konflikts Kinder nicht geimpft worden sind“. Die Busse seien gefahren, die Impfungen hätten stattgefunden. Letztlich gehe es nur um die Frage, „ob die von der Stadt angeführten 27.000 Euro vom Land erstattet werden“, so Schneider. Angesichts der sonstigen Unterstützungen des Landes für die Impfkampagne sei dies eine „Lappalie“. Die

Impfstrategie des Landes für Kinder und Jugendliche sei auch ohne „Bus-Shuttle“ erfolgreich. 43 Prozent der 12- bis 17-Jährigen hätten bereits eine Erstimpfung erhalten.

Dr. Martin Vincentz (AfD) wies darauf hin, dass der öffentliche Nahverkehr eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung sei. Kosten von 27.000 Euro seien für eine Stadt wie Duisburg angesichts von Zahlungen zu stemmen, die das Land für die Organisation von Impfangeboten geleistet habe. Klar sei auch: Die Sterblichkeit bei an Corona erkrankten Kindern liege bei 0,00002 Prozent. Die Datenlage zu Long-Covid-Erkrankungen sei noch dünn. Eine Impfung werde Long-Covid-Risiken vermutlich minimieren, aber „nicht gänzlich eliminieren“. Sich impfen zu lassen, sei eine persönliche Entscheidung, die jede Person für sich selbst treffen müsse.

Die Stadt Duisburg verfüge über einen Haushalt von rund 2 Milliarden Euro, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Um mehr Busse in der Pandemie einzusetzen, habe das Land den Kommunen bereits 51,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. „Deswegen weiß ich nicht, was diese Aktuelle Stunde soll.“ Eine Finanzierungslücke von 27.000 Euro sollte kein Grund für den Landtag sein, sich mit dem Thema zu beschäftigen. NRW liege im Bundesvergleich beim Impfen von Kindern weit vorn. Per Erlass verfüge das Land zeitnah, Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern 1,5 Stellen zu finanzieren, um mobile Impfungen zu organisieren. *sow, zab, tob*

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Debatte um vierte Corona-Welle und Maßnahmen an Schulen

2. September 2021 – Wie gefährlich sind die steigenden Infektionszahlen unter jüngeren Menschen in der Pandemie? Und wie kann man Kinder und Jugendliche schützen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer erneuten Sondersitzung des Landtags zur Corona-Situation in Nordrhein-Westfalen.

„Die Pandemie, die wir jetzt bekämpfen müssen, ist eine Pandemie der Ungeimpften“, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Aktuell seien 86 Prozent der Patientinnen und Patienten auf Intensivstationen nicht gegen Corona geimpft. Rund 30.000 Kinder und Jugendliche (1,6 Prozent) befänden sich derzeit in Quarantäne – Tendenz fallend. Es sei damit zu rechnen, dass schon bald nur noch infizierte Schulkinder in Quarantäne müssten. Im Bund würden im Moment neue Leitindikatoren zur Einschätzung der Pandemielage beraten: Dazu zählten die Neuaufnahmen in Krankenhäusern und der Anteil an mit Covid-Patienten belegten Intensivbetten.

In den vergangenen drei Wochen hätten sich die Inzidenzwerte in NRW mehr als verdreifacht, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** (SPD). Bei Kindern und Jugendlichen lägen die Werte sogar bei bis zu 800. In den USA sei bereits die Rede von einer „Epidemie der Jüngsten“. Angesichts möglicher Langzeitfolgen durch Long Covid sei es der falsche Ansatz, nur infizierte Schulkinder in Quarantäne zu schicken. Mit Blick auf Besuche in Restaurants, Fitnessstudios und Konzertsälen forderte Kutschaty, dass Veranstalter die Möglichkeit haben sollten, ob sie nur Genesenen und Geimpften (2G) oder zusätzlich auch Getesteten (3G) den Zutritt gewähren möchten.

„Lage ist angespannt“

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** warf der SPD Panikmache vor. Von den 0- bis 17-Jährigen befänden sich bundesweit elf Personen wegen einer Corona-Infektion auf Intensivstationen, die meisten hätten eine Immunschwäche als Vorerkrankung. Viel sinnvoller sei es, auf die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen zu schauen, die allein 26,1 Prozent der Intensivbettenbelegung ausmachten. Kinder und Jugendliche seien die großen Leidtragenden der Pandemie – nicht, weil sie nicht geimpft werden könnten, sondern weil sie am meisten unter den Schutzmaßnahmen litten. Die SPD müsse aufhören, die Inzidenzwerte „wie eine Monstranz vor sich herzutragen“.

Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul** nannte die Lage „angespannt“. NRW sei „trauriger Spitzenreiter“ in Deutschland bei den Corona-Zahlen. Die Infektionen unter jungen Men-

schen müssten aufrütteln. Die vierte Welle treffe vor allem die 10- bis 24-Jährigen mit Inzidenzen von teils bis zu 800. „Das können wir doch nicht einfach so hinnehmen“, betonte sie. Der Landesregierung warf sie vor, keine Strategie zu haben. Sie habe erneut die Sommerpause nicht dazu genutzt, die Schulen auf die Situation nach den Ferien vorzubereiten. Derzeit seien mehr als 30.000 Schülerinnen und Schüler in Quarantäne. Das dürfe man nicht bagatellisieren.

Aktuell scheine die Infektionskette durchbrochen, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. In Nordrhein-Westfalen seien 63,5 Prozent vollständig geimpft, 70 Prozent hätten immerhin eine Impfung erhalten. „Wir wollen noch besser werden“, sagte er. Da sich die Hospitalisierungsrate in Nordrhein-Westfalen bei jungen Leuten kaum verändert habe, bestehe kein Anlass, den Menschen Angst zu machen: „Kinder erkranken auch bis heute kaum schwer.“ Die „NRW-Koalition“ wolle die Quarantäneregeln daher reduzieren, so Rasche. Nur infizierte Schülerinnen und Schüler sollten in Quarantäne geschickt werden.

Helmut Seifen (AfD) sprach von „Fantasieerzählungen der Regierung und der sie tragenden Parteien über das Wesen der Covid-19-Erkrankung“. Gesteigert würden sie noch vom „Alarm-Stakkato aus den Reihen von SPD und Grünen“. Alle hielten sich

„sklavisch an die Marschroute, die ihnen das berühmte Corona-Strategiepapier aus dem Bundesinnenministerium vorgegeben hat“. Mithilfe des Papiers werde eine „künstliche, durch nichts zu rechtfertigende Panik erzeugt, die zu einschneidenden Grundrechtseinschränkungen führt“. Heutigen Erkenntnissen zufolge rechtfertige die Covid-19-Erkrankung keine dieser Einschränkungen. *tob, wib, zab*

Die Unterrichtung trug den Titel „Sicher durch den Herbst der Pandemie – mit Hygienekonzepten, Tests und Impfungen“. Dazu lag ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion vor ([17/14980](#)), der mit Mehrheit abgelehnt wurde. Zudem lagen der Debatte der SPD-Antrag „Schutz unserer Kinder und Jugendlichen in NRW sichern – Kontrollverlust in der Pandemie beenden!“ ([17/14959](#)) zugrunde und dazu zwei Entschließungsanträge von Grünen ([17/14981](#)) und der AfD ([17/15001](#)). Alle Anträge wurden ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Bereits am 10. August 2021 und damit noch in der Sommerpause hatte eine Sondersitzung zur Corona-Pandemie stattgefunden. Mehr dazu lesen Sie unter www.landtag.nrw.de.

Foto: Schälte



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | [17/14700](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022) | [17/14702](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2021 – NHHG 2021) | [17/14920](#), [17/14978](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss; 2. und 3. Lesung am 9. September 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Wiederaufbauhilfe Nordrhein-Westfalen 2021“ (NRW-Wiederaufbauhilfegesetz 2021) | [17/14921](#), [17/14979](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss; 2. Lesung am 9. September 2021 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze | [17/13240](#), [17/14974](#), [17/15129](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 8. September 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/13663](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 8. September 2021 | verabschiedet

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14908](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes | [17/14405](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte in Nordrhein-Westfalen | [17/14910](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14909](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes | [17/14961](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. September 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Anpassung der Alimentation kinderreicher Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften | [17/14100](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. September 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [17/14962](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. September 2021 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

Gesetz zum digitalen Fortschritt im Hochschulbereich angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sowie zum Hochschulbetrieb im Falle einer Epidemie oder einer Katastrophe | [17/14963](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. September 2021 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [17/14911](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. September 2021 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | 2. Lesung am 10. September 2021 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz | [17/14306](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [17/14305](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [17/14304](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen (ATA-OTA-G) | [17/14303](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) | [17/14280](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TIntG) | [17/14243](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen | [17/14244](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines Radverkehrsgesetzes sowie zur Änderung weiterer Gesetze | [17/14257](#) | Grüne | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen | [17/14066](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes | [17/13977](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammerngesetz – BauKaG NRW) | [17/13799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) | [17/13800](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/13357](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes – LRiStaG | [17/13063](#) | Grüne | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Vom Tier zum Mensch zur Pandemie

Sachverständige diskutieren den Umgang mit Zoonosen

25. August 2021 – Seit anderthalb Jahren bestimmt die Corona-Pandemie das Leben der Menschen. Neben Verhaltensregeln, Hygienemaßnahmen, Impfstrategien und der Diskussion um Grundrechte beschäftigt den Landtag eine weitere Frage: Wie lassen sich solche Pandemien vermeiden? Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat dazu Sachverständige gehört.

Zugrunde lag ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden“ (17/13085). Zoonosen, das sind jene Infektionskrankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Die Krankheitserreger selbst seien u. a. Viren, Bakterien, Pilze und Parasiten. Laut Weltgesundheitsorganisation belaufe sich die Zahl der Menschen, die jährlich an Zoonosen sterben, auf mehr als 2 Millionen, heißt es im Antrag. Tollwut, Vogelgrippe, Ebola, HIV, Tuberkulose, Pest und viele mehr – die Liste solcher bekannten und teils ausgerotteten Infektionskrankheiten ist lang. Auch Covid-19 steht im Verdacht, in diese Reihe zu gehören. CDU und FDP fordern in ihrem Antrag u. a., Früherkennungssysteme gegebenenfalls weiterzuentwickeln und Regelungen gegen illegalen Wildtierhandel, falls erforderlich, anzupassen.

„Zoonose-Erreger können vielfach Ausgangspunkte für neue Epidemien oder Pandemien sein“, erklärte Dr. Viola Hebeler vom Landesverband praktizierender Tierärzte Nordrhein. Anstecken könne man sich bei Wildtieren, über Teile von Tieren in Lebensmitteln oder Pelzen, auch im Kontakt mit Haus- und Heimtieren sowie über blutsaugende Insekten, die Erreger vom Tier auf den Menschen übertragen können.

Darüber hinaus bewirke der Klimawandel, dass sich zuvor räumlich begrenzt auftretende Zoonosen weiter ausbreiteten, so Tierärztin Hebeler weiter. Die UN schätze den Mittelmeerraum als ein Gefahrenzentrum für Zoonosen ein. Auch internationale Transporte von erkrankten Tieren und davon stammenden Produkten sorgten für eine Verbreitung von Zoonosen. Viele von Wildtieren oder Insekten verbreitete Infektionskrankheiten träten zuerst bei Haustieren auf. Deshalb sei das Monitoring der Tierärztinnen und -ärzte so wichtig. Hebeler plädierte für eine Unterstützung dieser Berufsgruppe wie auch des öffentlichen Veterinärwesens, der tierärztlichen Forschungsinstitute, Bildungsstätten und Labore. So könne die Bekämpfung von Zoonosen bereits an ihrem Entstehungsort beginnen.

Dr. Sandra Altherr von „Pro Wildlife“ e. V. betonte, mehr als 70 Prozent der Zoonosen stammten von Wildtieren, und das betreffe

auch den legalen Handel. Im internationalen Wildtierhandel träfen Tierarten aufeinander, die sich in der Natur nie begegnen würden, erklärte sie. Auch die hygienischen Bedingungen, das Stresslevel der Tiere und ein Lebensraum von abnehmender Artenvielfalt begünstigten die Ausbreitung der Krankheitserreger. Angesichts des Spektrums von mehr als 2.000 gehandelten Arten von Heimtieren vom Seidenäffchen über das Opossum bis zur Akazienratte, sei die Bandbreite möglicher Zoonosen nicht zu unterschätzen.

Aufklärungskampagne

Handel und Haltung exotischer Haustiere seien deutlich schneller und einfacher zu regulieren als andere relevante Faktoren, argumentierte Altherr. Selbst die legalen Einfuhren von Wildtieren in die EU und nach Deutschland seien größtenteils eine „Blackbox“. Für Deutschland sprach sie von Hunderttausenden lebenden exotischen Tieren pro Jahr im legalen Handel. Die „Pro Wildlife“-Sprecherin hielt eine entsprechende Aufklärungskampagne über Privathaltung von Wildtieren für sinnvoll. Außerdem sprach sie sich für eine Positivliste für die Heimtierhaltung aus, für ein Importverbot für Wildtiere und für strikte Auflagen im Internethandel und in Tierbörsen.

In seiner Stellungnahme für den DLR Projektträger beleuchtete Detlef Böcking die Situation in der Forschung. Die Zoonosenforschung benötige weiterhin Förderprogramme auf nationaler Ebene sowie – gerade der Standort NRW – Zugang zu „angemessenen Drittmitteln“. Er begrüßte den Antrag der Fraktionen und insbesondere eine ganzheitliche Betrachtung von Zoonosen. Dieser sogenannte One-Health-Ansatz fordert, die Gesundheit von Menschen, Tieren wie auch der Umwelt gemeinsam zu betrachten. Einen solch verschränkten und interdisziplinären Blick, der im Antrag angesprochen wird, hielten auch Tierärztin Hebeler und Biologin Altherr für wichtig. Diese interdisziplinären Herangehensweisen seien in der Forschung noch entwicklungsfähig, erklärte Böcking für den DLR Projektträger. Er empfahl der Landesregierung, dafür zu sorgen, „dass aktuelle Forschungserkenntnisse schneller in Richtlinien und Prozesse der zuständigen kommunalen und Landesbehörden“ einfließen – inklusive Information für die Bevölkerung. sow

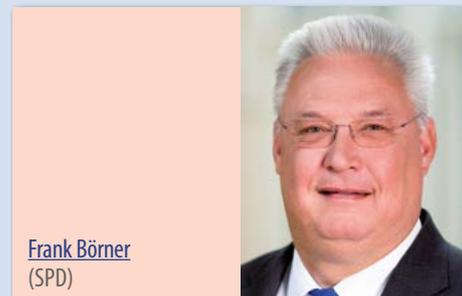
Mehr zum Thema lesen Sie auf den [Seiten 12 und 13](#).



Foto: Marion Wear, Adobe-Stock

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Zoonosen“



Zur Vermeidung von Zoonosen ist es am wichtigsten, ...

... in Zukunft interdisziplinär in dem Bereich aufzuklären und Präventionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Damit sind wir mit unserer Initiative in Nordrhein-Westfalen schon auf dem richtigen Weg. Das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Risiko der Zoonosen ist durch die Pandemie auf jeden Fall bereits größer geworden. Allerdings hat auch nicht jede Zoonose das Potential zur Pandemie.

... Forschung, Prävention und Kontrolle auszubauen. Zoonosen sind eine reale Gefahr: Aktuelle Studien zeigen, dass es in Säugern und Vögeln eine Vielzahl an Viren gibt, die das Potential haben könnten, Menschen zu infizieren. Dazu bedarf es auf Landesebene einer Aufklärungskampagne. Wir müssen auch die Naturzerstörung stoppen, denn diese ermöglicht, dass Viren von Tieren auf Menschen übertragen werden.

Die Haltung von exotischen Haustieren ...

... ist in Bezug auf Zoonosen nicht per se gefährlicher als die Haltung klassischer Haustiere oder Nutztiere. Tierhalterinnen und Tierhalter müssen sich im Klaren über die Risiken sein. Allerdings: Der Wildtierhandel gilt als großer Risikofaktor für die globale Verbreitung von Zoonosen. Als Land haben wir dabei wenig Handlungsspielraum, sicherlich sind aber Vorsicht, Aufklärung und Monitoring geboten.

... muss stärker kontrolliert und geregelt werden. Gerade über die Transportwege verbreiten sich Zoonosen, da es hierbei vielfach zu Verstößen gegen den Natur- und Artenschutz sowie gegen Gesundheitsaspekte kommt. Daher müssen diese ebenso kontrolliert werden wie der Internethandel und Tierbörsen. Zudem fehlen Daten, unter welchen hygienischen Bedingungen exotische Haustiere privat gehalten werden.

Die Früherkennungssysteme ...

... arbeiten in Nordrhein-Westfalen für den Bereich der Lebensmittelkette schon sehr gut. Zur Reduzierung des Zoonoseeintrags gibt es einen Zoonoseplan. Außerdem unterstützt ein Beirat das Ministerium. Wir wollen prüfen, diesen Beirat thematisch auf Zoonosen im Allgemeinen auszuweiten und um Mitglieder aus der aktiven Forschung zu erweitern.

... müssen stärker ausgebaut werden. Denn rund 75 Prozent aller neuartigen Infektionskrankheiten sind Zoonosen, mehr als 70 Prozent von diesen stammen von Wildtieren ab. Durch eine intensivere Forschung kann schon heute präventiv auf mögliche Zoonosen reagiert werden. Dies ist dringend notwendig, da die anstehende Klimaänderung ihre Ausbreitung absehbar verstärken wird.

Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes sollte ...

... umfassende Erforschung von Zoonosen im Sinne des One-Health-Ansatzes stattfinden. Auch dabei steht Nordrhein-Westfalen mit dem Standort der Nationalen Forschungsplattform für Zoonosen schon gut da. Die Gesundheit der Umwelt ist eng mit der Gesundheit des Menschen verknüpft, alle betroffenen Behörden müssen deshalb eng und interdisziplinär zusammenarbeiten. Unser Ziel: Forschung weiter unterstützen.

... der sogenannte One-Health-Ansatz stärker beachtet werden. Nur durch eine interdisziplinäre Kooperation kann Zoonosen begegnet werden. Mit einer fachübergreifenden Koordination von Human- und Veterinärmedizin sowie von Umwelt- und Sozialwissenschaften lassen sich nachhaltige Strategien entwickeln, die Prävention, Therapien sowie die Folgenabschätzung von Zoonosen zum Gegenstand haben.



... die Bevölkerung zur Gefährlichkeit von Zoonosen zu sensibilisieren. Über Lebensmittel können für den Menschen gefährliche Erreger wie Salmonellen und Campylobacter zu erheblichen Erkrankungen führen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Bekämpfung von Schädlingen und Nagern, die Zoonosen übertragen können. Mit einem umfassenden Zoonose-Monitoring können Gefährdungen frühzeitig erkannt werden.

... kann gefährlich werden, da gerade solche Tiere Zoonosen übertragen können. Privatleute, die exotische Haustiere halten, müssen ihre Verantwortung sehr ernst nehmen und über umfassendes Wissen verfügen. Die Einfuhrregelungen müssen angepasst werden, insbesondere der illegale Handel muss verhindert werden. Hierzu fordern wir entsprechende Regelungen vom Bund.

... müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Neue, aber auch bekannte Zoonosen müssen schnellstmöglich erkannt werden, um Gefahren schlagkräftig abzuwenden. Ein ständiger Austausch der Bundesländer ist uns besonders wichtig. Unabdingbar ist auch die Weiterentwicklung auf europäischer und internationaler Ebene. Das Coronavirus hat gezeigt, dass Zoonosen keinen Halt vor Landesgrenzen machen.

... die Gesundheit des Menschen und die Gesundheit der Tiere gemeinsam betrachtet werden. Der One-Health-Ansatz belegt, dass die menschliche und tierische Gesundheit voneinander abhängig sind. Die Zusammenarbeit der verschiedenen medizinischen sowie umweltwissenschaftlichen Disziplinen nimmt eine Schlüsselfunktion in der Zoonose-Prävention ein, diese wollen wir weiter stärken und unterstützen.

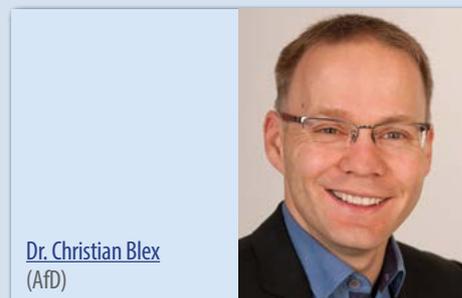


... die von ihnen ausgehende Gefahr für die menschliche Gesundheit ernst zu nehmen. Besonders der Handel mit Wildtieren begünstigt die Entstehung von Zoonosen. Deshalb müssen der illegale Handel stärker verfolgt und der legale Handel besser überwacht werden. Um Zoonosen zu vermeiden, müssen der Raubbau an der Natur gestoppt und die industrielle Haltung von Pelztieren, ein Brutherd zoonotischer Krankheiten, europaweit beendet werden.

... muss vor dem Hintergrund von Zoonosen stärker in den Blick genommen werden. Der Besitz und Verkauf von Tieren, die in ihrem Heimatland illegal gefangen und exportiert wurden, muss unterbunden werden. Zugleich brauchen wir bessere Kontrollen des Tierhandels und klare Regeln, welche Tiere aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen sowie aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten privat gehalten werden dürfen.

... für Zoonose-Erreger in Wild- und Haustierpopulationen müssen weiterentwickelt werden, damit sie frühzeitig erkannt werden können, bevor sie zu Gesundheitsrisiken für Menschen werden. Diese Risikovorsorge sollte hohe Priorität im öffentlichen Gesundheits- und Tiergesundheitssektor haben. Um künftig besser vorbereitet zu sein, muss die Forschung zu Zoonosen insgesamt besser unterstützt werden.

... klar sein, dass Tierhaltung eine potentielle Quelle für gefährliche Krankheitserreger sein kann. Insofern müssen hier Gesundheits-, Natur- und Artenschutz zwingend zusammengedacht werden (One-Health-Ansatz). Unser Umgang mit Tieren und der Natur entscheidet mit darüber, wie groß die Gefahr von Infektionskrankheiten, die sich im Extremfall zu Pandemien ausweiten können, für Menschen wird.



... auch das Armutrisiko im Blick zu haben und gezielt zu bekämpfen: Ein Land mit starker Wirtschaft kann sich ein hervorragendes Bildungs- und Gesundheitssystem leisten, um Infektionskrankheiten frühzeitig zu erkennen und zielgerichtet behandeln zu können. Weil Zoonosen oftmals auf den Verzehr von Wildtieren zurückzuführen sind, spielt auch die kulturelle Prägung eine wesentliche Rolle.

... trägt weniger zur Zoonose bei, als bislang vermutet. Sofern die Einfuhr von exotischen Tieren nicht über den legalen Tierhandel, sondern über illegale Wildtiermärkte erfolgt, muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgegangen werden. Doch es sind nicht nur große Exoten, sondern oft auch kleine heimische Krankheitsüberträger wie die heimische Stechmücke, die als Überträger fungieren.

... sind ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Bekämpfung von Zoonosen. Doch sie alleine werden nicht reichen, weil sie niemals in der Lage sein werden, alle Gefahren einer Zoonose erkennen zu können. Entscheidend ist ein ausgewogenes Verhältnis von Investitionen in Früherkennungssysteme und der direkten, konkreten Bekämpfung der Zoonosen.

... die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften gefördert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch mit einem ganzheitlichen Ansatz die globale Verbreitung von Krankheitserregern aufgrund der natürlichen Resistenzentwicklung in der Umwelt nie gestoppt werden kann.

Lichtspektakel in den Landesfarben

23. bis 29. August 2021 – Zum 75. Geburtstag des Landes ist der Landtag in einem ganz besonderen Licht erstrahlt. Sieben Abende lang wurde das prägnante Gebäude am Düsseldorfer Rheinufer in einer Lichtkunstaktion illuminiert. Auf diese Weise konnten die Bürgerinnen und Bürger coronakonform mit Abstand und unter freiem Himmel feiern.

Die gesamte Festwoche lang ab dem offiziellen Landesgeburtstag am 23. August 2021 erstrahlte das Parlament allabendlich in den Landesfarben Grün, Weiß und Rot. Die Lichtkunstinstallation war von dem Kölner Künstlerduo Detlef Hartung und Georg Trenz geschaffen worden.

Die beiden hatten zuvor bereits u. a. den Kölner Dom anlässlich des Jahrestags „100 Jahre Ende Erster Weltkrieg“ illuminiert und realisieren ihre spektakulären Lichtaktionen weltweit. Für die Landtagsillumination projizierten sie unter dem Motto „rundumNRW“ Zitate, Liedtexte, Song- und Buchtitel, Gedichtzeilen, Aphorismen und Redewendungen von bekannten Persönlichkeiten Nordrhein-Westfalens auf das Gebäude.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, eröffnete die Illumination offiziell am 24. August 2021. Er betonte: „Der Landtag ist ein offenes Haus für alle Bürgerinnen und Bürger und das Zentrum der Politik in Nordrhein-West-

falen. Zum 75. Geburtstag des Landes lassen wir das Parlament in neuem Licht erstrahlen. Die Lichtinstallationen stehen stellvertretend für viele Generationen und Lebensbereiche in unserem Land und drücken die Vielfalt der Menschen in Nordrhein-Westfalen aus. Der Landtag ist das Symbol der Demokratie in unserem Bundesland und wir lassen es leuchten, um deutlich zu machen: 75 Jahre Nordrhein-Westfalen bedeuten auch 75 Jahre Vertrauen in eine starke Demokratie. Unser Auftrag ist heute, diese Demokratie zu feiern und zukunftsfest zu machen.“

Besuch vom Oberbürgermeister

Zur Eröffnung war auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller gekommen, der damit die Verbundenheit zwischen dem Landtag und der Landeshauptstadt würdigte. Keller erinnerte daran, dass Düsseldorf ebenfalls vor 75 Jahren von der britischen Besatzungsmacht zur Landeshauptstadt ernannt worden sei. Die Stadt sei stolz darauf, das politische Zentrum des Landes zu sein. Landes- und Landtagsgeschichte sei immer auch Stadtgeschichte. Und das Landesparlament habe die Stadt geprägt.

75 Jahre Land und Landtag:

23. August 2021 – „Operation Marriage“, übersetzt: Operation Hochzeit. So hatte die britische Besatzungsmacht den Zusammenschluss des nördlichen Teils der früheren preußischen Provinz Rheinland mit der einstigen Provinz Westfalen zum Bundesland Nordrhein-Westfalen genannt. Das war am 23. August 1946. Die Lipper stießen im Folgejahr hinzu. Auf den Tag genau 75 Jahre nach der Landesgründung wurde der Landesgeburtstag auf der Düsseldorfer Galopprennbahn gefeiert. Eingeladen hatten Landtag und Landesregierung.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, konnte gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) zahlreiche Gäste begrüßen, unter ihnen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU), der Staatspräsident des nordrhein-west-

fälischen Partnerlandes Ghana, Nana Akufo-Addo, und der britische Staatsminister für Handelspolitik, Greg Hands. Die Vizepräsidentinnen des Landtags, Carina Gödecke und Angela Freimuth, sowie Vizepräsident Oliver Keymis

verfolgten den Festakt von der Tribüne aus, ebenso zahlreiche Abgeordnete, die Vorsitzenden der Fraktionen, Mitglieder der Landesregierung sowie ehemalige Spitzenpolitikerinnen und -politiker aus Land und Bund.



Bild oben: Britische Militärmusik zum Auftakt.

Bild unten: David Garrett (links) unterhielt die Festgäste musikalisch.

Landtagspräsident André Kuper (3.v.l.) und Ministerpräsident Armin Laschet (2.v.r.) begrüßten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (Mitte), Staatspräsident Nana Akufo-Addo und Außenministerin Shirley Ayorkor Botchwey aus Ghana sowie den britischen Staatsminister Greg Hands (rechts).

Fotos: Schälte



Festakt auf der Galopprennbahn

Landtagspräsident Kuper wies auf die besondere Zeit hin, in die dieses Jubiläum falle: „Wir sind auch jetzt mit den Gedanken bei den Menschen, die mit den Folgen der Unwetterkatastrophe zu kämpfen haben. Die Corona-Lage verlangt nach wie vor unsere ganze Aufmerksamkeit. Und das Schicksal Afghanistans und seiner Menschen treibt uns um.“ Er dankte den Briten, die Nordrhein-Westfalen und auch den Landtag gegründet haben: „Durch das beherzte und weitsichtige Handeln Großbritanniens kamen wir nach Jahren der grausamen Diktatur zur Demokratie. Diese Demokratie hat unser Land nach innen wie nach außen stark gemacht. Sie hat die Menschen und ihre Rechte in den Fokus gerückt. Und die Demokratie war und ist die Grundlage für wirtschaftliche Stärke verbunden mit sozialer Gerechtigkeit, Bildung und Kultur sowie mehr und mehr auch ökologischem Bewusstsein.“

Nordrhein-Westfalen sei ein Land, das sich durch seine „Offenheit, Direktheit und Vielfalt“ auszeichne, sagte Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), durch Menschen, „die anpacken und gestalten“, durch „Kraft und Modernität auch beim Wandel“. Dass dieses Land den „Zusammenhalt“ lebe, habe man zuletzt während der Flutkatastrophe im Juli gesehen. Laschet erinnerte an die Gründung des Landes vor 75 Jahren: „In allen Regionen waren Städte und Fabriken zerstört“, sagte er. Millionen Menschen seien obdachlos und auf der Flucht gewesen, „und hinzu kam die moralische Trümmerlandschaft, die die Nazis zurückgelassen hatten“. Auch damals habe die „Kraft des Zusammenhalts“ geholfen. Das „soziale Gewissen, das Menschen verschiedener Herkunft zusammenhält“, mache das Land aus. Den Briten sei damals eine „kluge Bündelung“ gelungen, sagte der Ministerpräsident: „Sie haben die Vielfalt zu einer Einheit verbunden.“

Wie ihre Vorredner, erinnerte auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an die Opfer der Flutkatastrophe. Neuanfang und Wiederaufbau würden noch sehr viel Kraft kosten.

Die Menschen vor Ort könnten sich aber darauf verlassen, dass Bund und Länder sie nicht alleinließen. Die Kanzlerin dankte den vielen Helferinnen und Helfern und sprach von einem „wunderbaren Zeichen der Verbundenheit“. Merkel erinnerte an die Landesgründung, als Nordrhein-Westfalen mit seinen drei unterschiedlichen Landesteilen zuweilen als „künstliches Gebilde“ wahrgenommen worden sei. Heute aber werde der Bindestrich im Landesnamen „genau als solcher und nicht mehr als Trennungsstrich verstanden“.

„Stolz auf das Erreichte“

„Die Operation Marriage war ein voller Erfolg“, sagte der britische Staatsminister Greg Hands. Nordrhein-Westfalen könne stolz auf das Erreichte sein – und Großbritannien könne stolz sein, das Land mitgegründet zu haben.

Der Staatspräsident der Republik Ghana, Nana Akufo-Addo, hob in seiner Rede die enge und langjährige Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen und seinem Land hervor. *red*

Programm

Musikalisch umrahmt wurde der Festakt vom WDR-Sinfonieorchester, David Garrett sowie Till Brönner & Band. Durch das Programm führte Moderator Johannes B. Kerner.



Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Katastrophenschutz – ein Update für die Zukunft

Jeder mögliche Sitzplatz im Plenarsaal ist besetzt – mit Männern und Frauen in Uniform. Dieses ungewöhnliche Bild bot sich am 2. September beim Werkstattgespräch der CDU-Fraktion unter dem Titel: „Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen – ein Update für die Zukunft“. Es war die erste Veranstaltung, die seit dem Beginn der Pandemie wieder in Präsenz stattfinden sollte – doch die Resonanz war so groß, dass neben den 150 Expertinnen und Experten im Saal noch fast 50 digital zugeschaltet werden mussten. Es waren Feuerwehrleute, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk, aus Kommunalverwaltungen sowie Landwirtinnen und Landwirte, die bei der Flutkatastrophe hautnah dabei waren und ihre Erfahrungen

mit den Entscheidern des Landes teilen wollten: Kommunalministerin Ina Scharrenbach, Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, Verkehrsminister Hendrik Wüst und Innenminister Herbert Reul kamen und hörten aufmerksam



zu. Der offene Dialog mit der Praxis, erklärte CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen, sei wichtig, um eine Politik zu machen, die sich an den realen Bedürfnissen orientiert. Die Helferinnen und Helfer waren sich einig: Vieles hat im Chaos der Ereignisse Mitte Juli hervorragend funktioniert, Solidarität und Wille waren eisern. Aber sie zeigten auch Verbesserungspotenzial auf bei der Kommunikation und Koordination im Ernstfall sowie bei Krisenübungen im Vorfeld. Wichtige Impulse, mit deren Hilfe wir NRW noch sicherer machen wollen.



Ein Dialog auf Augenhöhe: Wir luden zum Kinder- und Jugendgipfel

„Kinder an die Macht“ forderte Herbert Grönemeyer schon 1986. Auch wir wollen, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Wir müssen sie mit ihren Bedürfnissen ernst nehmen – sie sind unsere Zukunft. Doch wie kann Politik die entsprechenden Voraussetzungen und Strukturen schaffen, damit dies gelingt? Um das herauszufinden, haben wir im

August zu einem Kinder- und Jugendgipfel geladen. Im Dialog auf Augenhöhe wollten wir herausfinden, wie sich Kinder und Jugendliche ihre Beteiligung wünschen.

Den Auftakt bildeten am Morgen Kindergartenkinder im Alter von drei bis fünf Jahren. Stolz präsentierten sie Mitwirkungsprojekte aus ihren Einrichtungen und erzählten den

teilnehmenden Fraktionsmitgliedern, bei welchen Themen sie gerne mitreden möchten. Nachmittags diskutierten Jugendliche und junge Erwachsene über Jugendparlamente, die Absenkung des Wahlalters und weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Mehr als deutlich wurde bei unserem Gipfel: Kinder und Jugendliche möchten mitreden und etwas bewirken. Es ist unsere Aufgabe, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Den Dialog wollen wir nun aufrechterhalten und daraus politische Initiativen entwickeln, die den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ein Sprungbrett in ein selbstbestimmtes Leben bieten.



Hochwasserschutz verbessern, Wiederaufbau in Flutgebieten schnell vorantreiben

Bei der Flutkatastrophe im Juli haben alleine in Nordrhein-Westfalen 49 Menschen ihr Leben verloren. Schulen, Straßen und Kommunikationsnetze wurden massiv oder teilweise auch irreparabel beschädigt. Das Zuhause vieler Menschen in den rund 180 betroffenen Städten und Gemeinden wurde durch diese historische Flutkatastrophe innerhalb von kurzer Zeit zerstört. Die NRW-Koalition steht weiter eng an ihrer Seite.



Christof Rasche (FDP)

„Die schlimmen Überschwemmungen im Juli haben immenses menschliches Leid verur-

sacht und massive Schäden hinterlassen. Nach den ersten Soforthilfemaßnahmen muss nun der Wiederaufbau schnellstmöglich und unbürokratisch erfolgen“, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche. Die Fraktionen von FDP und CDU haben zwei zusätzliche Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, um den Wiederaufbau schnell voranzutreiben und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dazu müssen bürokratische Hürden schnell beseitigt werden. Das gilt besonders für temporäre Ersatzbau-

ten, wie Notunterkünfte für die Menschen, genau wie für Kitas, Schulen, Rathäuser oder Produktionsstätten.

Zudem muss das Hochwasser-Warnsystem gerade auch an kleinen Flüssen verbessert werden. „Wir müssen beim Hochwasser- und Katastrophenschutz auf Schwachstellen schauen und sie abstellen. Dabei muss insbesondere auch in den Blick genommen werden, ob die Hochwasser- und Katastrophenschutzinfrastruktur den Herausforderungen des Klimawandels angemessen ist“, betont Christof Rasche.

Zur Vorsorge im Katastrophenschutz gehören Katastrophenschutzbedarfspläne, mehr Kompetenzen der Landesebene im Katastrophenfall und eine eigene Katastrophenschutzbehörde des Landes. Die Kommunen dürfen in solchen Situationen nicht alleine gelassen werden.

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen **FDP**

Die richtigen Lehren aus der Hochwasserkatastrophe ziehen

Das Hochwasser im Juli ist die bisher größte Unwetterkatastrophe in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Bundesweit starben über 190 Menschen, allein 49 davon in NRW. Viele wurden verletzt und ganze Existenzen der Menschen vor Ort vernichtet. Ihr Leid kann durch nichts aufgewogen werden.

Jetzt braucht es schnelle und unbürokratische Hilfen für die Betroffenen und einen Wiederaufbau, der den Hochwasserschutz integriert. Als Lehren aus der Katastrophe müssen konsequentere Maßnahmen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung sowie eine Stärkung des Katastrophenschutzes folgen.

Wir Grüne haben umfassende Vorschläge für den Hochwasserschutz vorgelegt. Statt immer mehr Ausnahmen für Baugenehmigungen in Risiko- oder Überschwemmungsgebieten zu er-



Foto: Shutterstock / Marc Bruxelles

teilen, sollten mehr naturnahe Flächen bewahrt werden, die Niederschlag aufnehmen können. Ein konsequenter Regenrückhalt in Hochwasserentstehungsgebieten, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und ein an den Klimawandel angepasstes Talsperrenmanagement sind u.a. wichtige Instrumente, um künftige Extremwetterereignisse abzumildern oder zu verhindern.

Noch immer sind viele Fragen für die Aufarbeitung der Katastrophe offen, die zentral für die Stärkung des Hochwasser- und Katastrophenschutzes sind. Daher halten wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss für zwingend notwendig.

Schülerinnen und Schüler: „Verursacht durch die Schulschließungen und das Verbot sozialer Kontakte finden sich bei einer erschreckend hohen Zahl von Kindern Symptome wie Angststörungen, Depressionen, Schlafstörungen, Übergewicht, Apathie und Antriebslosigkeit. Wir brauchen die sofortige Rückkehr zu regulärem Unterricht!“ Dr. Vincentz schloss mit einem dringenden Appell an die Landesregierung: „Orientieren Sie sich endlich wieder an den Lebenswirklichkeiten der Menschen und geben Sie uns die Freiheit zurück!“



Corona kann kein Grund für systematische Grundrechtsbeschränkungen sein!

Seit über eineinhalb Jahren bestimmt eine Krankheit das Leben der Bürger, von der Menschen unter 70 Jahren kaum, unter 50 Jahren nur in absoluten Ausnahmefällen schwer betroffen sind. Und doch wird eine Impfung für alle angestrebt – und zunehmend mit Repressalien gegenüber Ungeimpften forciert. Aufgrund einschlägiger Studien bezweifeln viele den tatsächlichen Nutzen, für die AfD jedoch sind auch andere, nicht-medizinische Aspekte maßgeblich, wie Fraktionschef Markus Wagner erklärt: „Ich denke nicht, dass wir uns auf eine Wirksamkeitsdebatte einlassen sollten. Wir sind weder die Partei der Impfbefürworter noch die der Impfgegner. Wir sind die Partei der Freiheit. Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang die Freiheit der Impfentscheidung und die Freiheit der Abwägung

des persönlichen Lebensrisikos.“ Im Rahmen einer Sondersitzung hat der Landtag Anfang September erneut über den Umgang mit der Pandemie debattiert. Dr. Martin Vincentz, Wagners Stellvertreter und gesundheitspolitischer Sprecher, warnte in seiner Rede vor weiteren Grundrechtsbeschränkungen und der Idee, die Bürger vor ihren eigenen Entscheidungen schützen zu wollen: „Wer sich gedanklich erst einmal auf diesen Pfad begibt, der ist nicht mehr weit davon entfernt, auch gleich gesättigte Fettsäuren, zu wenig oder zu viel Schlaf, Mountainbiking, gezuckerte Getränke, Scheidungen, Verzehr von Aufschnitt, zu langes Sitzen und alle weiteren der Gesundheit abträglichen Verhaltensweisen zu verbieten.“ Der bildungspolitische Sprecher Helmut Seifen beschrieb besonders die Folgen für

des persönlichen Lebensrisikos.“ Im Rahmen einer Sondersitzung hat der Landtag Anfang September erneut über den Umgang mit der Pandemie debattiert. Dr. Martin Vincentz, Wagners Stellvertreter und gesundheitspolitischer Sprecher, warnte in seiner Rede vor weiteren Grundrechtsbeschränkungen und der Idee, die Bürger vor ihren eigenen Entscheidungen schützen zu wollen: „Wer sich gedanklich erst einmal auf diesen Pfad begibt, der ist nicht mehr weit davon entfernt, auch gleich gesättigte Fettsäuren, zu wenig oder zu viel Schlaf, Mountainbiking, gezuckerte Getränke, Scheidungen, Verzehr von Aufschnitt, zu langes Sitzen und alle weiteren der Gesundheit abträglichen Verhaltensweisen zu verbieten.“ Der bildungspolitische Sprecher Helmut Seifen beschrieb besonders die Folgen für



Unwetterkatastrophe: Nordrhein-

8. September 2021 – Vor fast zwei Monaten, am 14. und 15. Juli 2021, hat eine Unwetterkatastrophe immense Schäden angerichtet. In Nordrhein-Westfalen zerstörten gewaltige Wassermassen Betriebe, Höfe und Werkstätten, Sportanlagen und Schulen, Krankenhäuser und Seniorenheime, Kirchen und Friedhöfe, Fußgängerzonen und Straßenzüge, Brücken, Gleise, Bäume und Wohnhäuser. Unzählige Menschen verloren ihr Zuhause, ihr Lebensumfeld. Schlimmer noch und für viele bis dahin unvorstellbar: Die Wassermassen kamen mit solcher Wucht, dass 57 Menschen in oder aus Nordrhein-Westfalen starben. Sie standen im Mittelpunkt einer Gedenkstunde im Landtag.

57 Kerzen brennen auf einem mit schwarzem Samt bedeckten Tisch in der Mitte des Plenarsaals. Weiße Blumen sind zu sehen, ein schwarzes Klavier. Jedes Licht steht für einen Menschen, der sein Leben bei der Katastrophe verlor. Die Trauer um diese Opfer soll einen öffentlichen Raum haben, in der Volksvertretung.

„Ich möchte Ihnen im Namen aller Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen mein tiefes Beileid und meine Anteilnahme ausdrücken“, sagt André Kuper, Präsident des Landtags, zu den Angehörigen. Manche sind gekommen, obwohl, so Kuper, „ihr Weg zu dieser Gedenkstunde unendlich schwer ist“. Mit dem Schmerz und der Trauer kämen auch die Fragen: „Wie konnte das geschehen? Lässt sich eine solche Katastrophe überhaupt vorhersehen? Mit diesen Fragen und mit weiterer finanzieller Hilfe wird sich der Landtag beschäftigen. Diese Katastrophe bleibt im Gedächtnis, aber auch die Hilfe wird im Gedächtnis bleiben. In Nordrhein-Westfalen stehen wir zusammen, wir reichen uns die Hände, wir helfen uns.“

Denn die Unwetterkatastrophe habe zweierlei hervorgebracht: Tod, Verlust und Zerstörung auf der einen Seite und eine beispiellose Hilfe und Unterstützung durch Mitmenschen auf der anderen.

Wo sonst in Plenarsitzungen die Landesregierung Platz nimmt, in den Reihen direkt neben dem Redepult, sitzen Helferinnen und Helfer aus Rettungsdiensten, stellvertretend für die vielen Menschen, die im Einsatz für andere an ihre Grenzen und darüber hinaus gegangen sind. Weitere haben auf der Tribüne Platz genommen.

In einem Moment des Schweigens sind Namen von Verstorbenen weiß auf schwarz auf einer großen Leinwand zu lesen. Violine und Klavier tragen sie mit einer Meditation aus Jules Massenets „Thaïs“. Manche Namen klingen älter, andere jünger, es sind bei weitem nicht alle Namen.

Am Redepult steht Dr. Nicole Didion, Leitende Notärztin aus dem Flutgebiet. Sie sagt: „Die Bilder im Fernsehen zu sehen, das hat mich betroffen gemacht; aber ich war dadurch nicht annähernd darauf vorbereitet, was mich vor Ort wirklich erwartet hat. Was die Menschen im Juli durchleben mussten, übertraf unser aller Vorstellungskraft.“ Wasser erst im Keller, dann im Erdgeschoss und immer höher. „Der Moment, das Haus mit dem Allernotwendigsten zu verlassen, ist verpasst, weil die Flucht nun vielleicht gefährlicher ist als das Abwarten, Hoffen und Bangen.“ Besonders bestürzt habe sie die Schilderung eines Überlebenden, der mit ansehen musste, wie ein Angehöriger von



der Flut mitgerissen worden sei. „Das persönliche Leben wurde urplötzlich auf Null gesetzt“, beschreibt sie die Bedeutung der Katastrophe für die betroffenen Menschen. Es sei der Verlust eines Großteils der eigenen Vergangenheit, der eigenen Lebensgeschichte. Teile der eigenen Identität gingen verloren.

„Viel ist verloren“, sagt Notfallärztin Didion. Aber auch schon viel erreicht. „Brücken wurden gebaut. Brücken, die belastbar sind. Brücken über einen Fluss, aber auch zwischen Menschen.“ Sie richtete ihren Dank an all die Helferinnen und Helfer, die ohne Zögern angepackt hätten.

„Hilflosigkeit“

Ein Film macht in Ausschnitten das Ausmaß der Katastrophe deutlich. Bilder sind zu sehen, auf

Fotos: Schälte



Westfalen gedenkt der Opfer



Mit einer Schweigeminute gedenkten die Anwesenden der Opfer der Unwetterkatastrophe. Bei der Gedenkstunde sprachen (v.l.) der Präsident des Landtags, André Kuper, die Leitende Notärztin Dr. Nicole Didion und Ministerpräsident Armin Laschet.



denen sich ganze Krater auftun, schwimmende Autos, ein Lastwagen, der senkrecht im Wasser steht. Unmengen von Dreck und Schutt und Schlamm. „Das Schrecklichste am Ganzen“, sagt ein Gastronom im Film, „war diese Hilflosigkeit. Das einfach ansehen zu müssen, wie das Wasser einfach kommt.“ Ein Feuerwehrmann berichtet von der Ohnmacht, zwar theoretisch zu wissen, was zu tun ist, „aber nicht adäquat jemanden retten zu können, weil es die Gelegenheit nicht hergibt“. Ein 15-Jähriger, der geholfen hat, einen Feuerwehrmann aus den Fluten zu retten, berichtet: „Ich hab den Feuerwehrmann gesehen und dann bin ich einfach ins Wasser gesprungen und hab ihn gegriffen. Ich hab wirklich über gar nichts mehr nachgedacht.“

Im Anschluss an den Film ergreift auch Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) das Wort

und wendet sich wieder den 57 brennenden Kerzen und den Namen auf der Leinwand zu. „Hinter jedem Namen steht eine Lebensgeschichte“, sagt er. Er spricht von der größten Unwetterkatastrophe, die NRW bisher erlebt habe. Das ganze Land habe Anteil genommen. Laschet dankt den Einsatzkräften, den Seelsorgerinnen und Seelsorgern, den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und den Bürgerinnen und Bürgern, die Familie, Freunde, Nachbarn und sogar Fremde unterstützt hätten. „Diese Hilfsbereitschaft berührt zutiefst.“

Unvergessen sollen die 57 Menschen bleiben. Sie und die Unwetterkatastrophe, denen sie zum Opfer fielen, sind Teil der Geschichte Nordrhein-Westfalens. „Die Wucht der Naturgewalt hat Wunden hinterlassen, die sich nur langsam schließen lassen“, sagt Ministerpräsi-

dent Laschet. Manche seien so tief, dass sie nie heilten. „Für uns ist es wichtig, die richtigen Schlüsse zu ziehen“, betont Landtagspräsident Kuper. „Wir verfallen nicht in Resignation und Starre.“

Ein Mann geht noch weiter. Im Film sagt er: „Als das erste Lachen wieder kam und zu sehen war, dass die Müllberge verschwunden sind in einzelnen Straßen, da war wirklich auch sichtbar ein Zeichen der Hoffnung wieder gegeben.“ *sow*





AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Flut und Verkehr

25.8.2021 – Der Verkehrsausschuss hat sich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Verkehrsinfrastruktur in den durch Starkregen betroffenen Gebieten beschäftigt. Es sei von Schäden in Milliardenhöhe auszugehen, heißt es in einem Bericht der Landesregierung (Vorlage [17/5544](#)), der der Debatte zugrundeliegt. Der Wiederaufbau sei in vollem Gang, ergänzte Verkehrsminister [Hendrik Wüst](#) (CDU). Auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen habe es 220 Straßensperrungen gegeben. In 85 Prozent der Fälle seien sie mittlerweile aufgehoben worden, eine Sanierung laufe oder sie sei beauftragt. Bei den übrigen Fällen seien umfangreiche Untersuchungen oder Planungen notwendig. [Klaus Voussem](#) (CDU) sagte, der Wiederaufbau sei weiter fortgeschritten, als man sich das anfangs habe vorstellen können. [Gordan Dudas](#) (SPD) forderte, der Wiederaufbau dürfe nicht an langwierigen Genehmigungsverfahren scheitern – etwa beim Bau neuer Brücken, die dringend nötig seien, um die Mobilität und die Wirtschaftskraft zu erhalten. [Nic Peter Vogel](#) (AfD) verwies darauf, dass Müll schnell entsorgt werden müsse, da die Gefahr von Seuchen und Bränden bestehe. [Arndt Klocke](#) (Grüne) gab zu bedenken, dass Erkenntnisse zum Hochwasserschutz und Klimawandel beim Neubau von Straßen und Schienenstrecken stärker berücksichtigt werden müssten, mehr Flächen „entsiegelt“ und mehr Radwege entstehen sollten.

Corona und freies Mandat

27.8.2021 – In einer Aktuellen Viertelstunde haben sich die Abgeordneten im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen damit befasst, was die neue Corona-Schutzverordnung für die Ausübung des freien Mandats in kommunalen Gremien bedeutet. Grundlage war ein Bericht von Dr. Jan Heinisch (CDU), Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Am 24. August 2021 sei ein Erlass der Landesregierung in Kraft getreten, nach dem die sogenann-

te 3G-Regel in Innenräumen gelte. Demnach müssten Mandatsträger sowie Zuschauerinnen und Zuschauer getestet, genesen oder geimpft sein, um an einer kommunalen Gremiensitzung teilnehmen zu dürfen. Der Gesundheitsschutz sei höher zu bewerten als die „kleine körperliche Unannehmlichkeit“ eines Corona-Tests. [Sven W. Tritschler](#) (AfD) bemerkte, dass – falls kostenlose Bürgertests im Oktober wegfielen – nicht getestete Mandatsträger „Eintrittsgelder“ zahlen müssten, wenn sie an Sitzungen teilnehmen wollten. Es stelle sich die Frage, wie rechtsicher gefasste Beschlüsse dann seien. [Christian Dahm](#) (SPD) wies darauf hin, dass für die Teilnahme an Gremiensitzungen und Veranstaltungen zuvor unterschiedliche Regeln gegolten hätten. Es bleibe zu hoffen, dass der neue Erlass vor Gericht Bestand habe. [Guido Déus](#) (CDU) wiederum sprach von einer „kommunalrechtlichen Klarstellung“. Neben dem Schutz der Ausübung der Rechte von Kommunalpolitikerinnen und -politikern sei auch der Schutz der Gesundheit ein hohes Gut. [Johannes Remmel](#) (Grüne) schlug vor, Testmöglichkeiten vor Gremiensitzungen weiter vorzuhalten. Das sei mit organisatorischem Aufwand verbunden, würde Beschlüsse in Kommunen aber rechtssicherer machen.

Essen als Schulkultur

1.9.2021 – Das „Integrierte Konzept Essen und Trinken in der Schule“ (Vorlage [17/4360](#)) war Thema im Ausschuss für Schule und Bildung. „Essen und Trinken – Bestandteil der Schulkultur“, zitierte [Annette Watermann-Krass](#) (SPD) aus dem Papier und begrüßte wie alle Fraktionen die angestrebte Neuausrichtung der Schulversorgung. Das Konzept enthalte eine gute Analyse und gute Ideen, bleibe aber vage. Sie empfahl, Rahmenbedingungen festzuschreiben. Keine Rahmenbedingung ersetze das Kümmern vor Ort, entgegnete [Claudia Schlottmann](#) (CDU). [Helmut Seifen](#) (AfD) empfahl lokale Arbeitsgruppen aus Lehrer- und Schülerschaft, Eltern und Kommune, um die „höchst unterschiedlichen“ Bedingungen vor Ort auszugestalten. [Sigrid Beer](#)

(Grüne) sprach sich für Netzwerke mit regionalen landwirtschaftlichen Betrieben aus. [Franziska Müller-Rech](#) (FDP) dankte für die „tolle Vernetzung“ von Schul-, Familien- und Umweltministerium sowie der Verbraucherzentrale. Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) verwies auf das inzwischen auf 60 Mio. Euro ausgeweitete OGS-Helferprogramm.

Abschlussbericht

2.9.2021 – Die Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ hat im Innenausschuss ihren Abschlussbericht vorgestellt. Sie war im Oktober vergangenen Jahres eingerichtet worden. Kurz zuvor waren Chatgruppen entdeckt worden, in denen Polizistinnen und Polizisten rechtsextremistische Inhalte gepostet hatten. Schwerpunkt sei Mülheim an der Ruhr gewesen, berichtete Innenminister Herbert Reul (CDU) im Ausschuss. Uwe Reichel-Offermann, der Leiter der Stabsstelle, stellte den Abgeordneten den zweibändigen Bericht vor. Er enthalte ein „ganzheitliches Handlungskonzept“ mit 18 Empfehlungen. Reichel-Offermann nannte u. a. eine Stärkung der Werteorientierung in der Ausbildung, die Einführung eines „Werte-Management-Systems“, Kontakte zur Zivilgesellschaft („Quartiersbezogene Vernetzung“) und die Einstellung psychosozialer Fachkräfte. Die inhaltliche Beratung des Abschlussberichts soll in der nächsten Sitzung des Innenausschusses erfolgen.

Petitionsausschuss

21.9.2021 – Angesichts der Corona-Pandemie bietet der Petitionsausschuss des Landtags am Dienstag, 21. September 2021, wieder eine telefonische Bürgersprechstunde an. Interessierte können sich zwischen 16 und 18 Uhr mit Fragen an den Ausschuss wenden. Eine vorherige Anmeldung unter (0211) 884-2506 oder -2757 ist notwendig. Der Petitionsausschuss hilft allen, die sich von einer Kommunal- oder Landesbehörde falsch behandelt fühlen.

Porträt: Olaf Lehne (CDU)



Olaf Lehne ist Lokalpatriot durch und durch – „und Landespatriot“, wie er hinzufügt. Aus seinem Büro auf der sechsten Etage des Landtags fällt der Blick an diesem sonnendurchfluteten Tag auf den Hafen, die Gehry-Bauten und – das Stadttor. Bis heute ist der Christdemokrat froh, dass Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) vor vier Jahren die Staatskanzlei aus dem gläsernen Turm zurück neben die historische Villa Horion verlegt hat. Da hält es Lehne mit Johannes Rau, der den Amtssitz seiner SPD-Nachfolger nie betreten haben soll und kommentierte: „Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wohnt nicht zur Miete.“

„Heimspiel“ in Düsseldorf

Düsseldorf, das bedeutet für Olaf Lehne: Heimspiel. Seinen Nord-Wahlkreis mit 16 Stadtteilen, zu denen die Altstadt zählt, nennt er „den schönsten der Stadt“. Natürlich. Und kritisch merkt er an, dass die meisten der 199 Abgeordneten Düsseldorf „nur mäßig“ kennen. Leider. „Die Identifikation mit der Landeshauptstadt ist zu gering“, bemängelt er und wünscht sich mehr Initiative in allen Fraktionen.

Geboren wird Olaf Lehne in Duisburg. Zu den ersten Erinnerungen zählt er, „dass es damals im Ruhrgebiet nie richtig hell wurde“ – eines der vielen Dinge, die sich in NRW po-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Olaf Lehne (CDU). Der 59-jährige Rechtsanwalt aus Düsseldorf ist Sprecher seiner Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss. Lehne engagiert sich zudem seit vielen Jahren im „Freundeskreis Yad Vashem“ für die Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem. Das Interesse an Israel wurde durch seine Eltern geweckt.

sitiv verändert hätten. Bald zieht die Familie nach Düsseldorf. Nach dem Abitur studiert er Jura in Freiburg und Köln, macht sich 1994 als Rechtsanwalt selbstständig. Heute betreibt er mit zwei Partnern eine Kanzlei. Aufgrund der Tätigkeit als Mitglied des Landtags hat er diese Arbeit jedoch stark reduziert. „Zum Abgeordneten bin ich ja vom Bürger gewählt worden“, sagt er.

Politisch fasst der junge Olaf schnell Tritt. Zu Hause – der Vater ist Rechtsanwalt, die Mutter Richterin – wird viel über Politik geredet, doch es ist sein älterer Bruder, der ihn ermuntert, sich zu engagieren. SPD und FDP kommen nach Probeterminen nicht infrage, die Grünen gibt es noch nicht. „Meine Eltern haben mich nicht bedrängt, aber dass ich zur CDU kam, war irgendwie programmiert“, sagt er. Mit 14 Jahren tritt er in die Junge Union ein, mit 16 in die CDU.

Zwischen Stadt und Land

Bis heute pendelt der 59-Jährige politisch zwischen Stadt und Land. Seit er 1989 erstmals in den Düsseldorfer Rat einzog, hat er dort mit Unterbrechungen 19 Jahre zugebracht. 2005 schafft er im dritten Anlauf den Sprung in den Landtag. Fünf Jahre später wiederholt er, obwohl die CDU/FDP-Regierung scheitert, seine Direktwahl. Erst 2012, als die Union mit Spitzenkandidat Norbert Röttgen regelrecht abstürzt, muss auch Olaf Lehne seinen Platz räumen. Nach einem weiteren lokalen Intermezzo gewinnt er 2017 seinen Wahlkreis klar und kehrt in die landespolitische Arena zurück.

Lehne ist CDU-Sprecher im Haushalts- und Finanzausschuss. Dass sein Bruder Klaus-Heiner als Präsident dem Europäischen Rechnungshof vorsteht, bedeute nicht, dass Finanzpolitik in der Familie liege. „Reiner Zufall“, sagt er. Das Hantieren mit Etatzahlen sei mitunter trockene Materie, allerdings findet er es reizvoll, finanzielle Gestaltungsspielräume auszuloten.

Seit vielen Jahren engagiert sich Olaf Lehne im „Freundeskreis Yad Vashem“ für die Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem. Sein Interesse an Israel wird früh durch seine Eltern

geweckt, die mit der jüdischen Familie von Josef Neuberger befreundet sind. Neuberger wurde 1938 von NS-Schergen schwer verletzt und emigrierte nach Palästina, kehrte nach dem Krieg zurück und ließ sich in Düsseldorf als Anwalt nieder. Von 1966 bis 1972 war er NRW-Justizminister für die SPD in der Regierung Heinz Kühn.

Es ist vier Wochen vor der Bundestagswahl, als dieses Gespräch stattfindet, und Olaf Lehne zeigt sich „nach wie vor davon überzeugt, dass Armin Laschet Kanzler wird“. Er sagt: „Deutschland steht vor extrem großen Herausforderungen und wir brauchen dringend ein Modernisierungsjahrzehnt.“ Es wird also spannend, auch für ihn persönlich. Bei der Landtagswahl im Mai kandidiert er erneut. Mal sehen, wie es dieses Mal ausgeht.

Theo Schumacher

Zur Person

Olaf Lehne ist verheiratet mit Frau Svenja. Das Ehepaar hat zwei Töchter, Jana und Luisa. Zur Familie gehören auch der Flat-Coated Retriever „Pinot Noir“ und zwei Pferde. Lehne war bereits vom 8. Juni 2005 bis 14. März 2012 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen. 2017 wurde er erneut ins Landesparlament gewählt.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Im Westen nichts Neues“, weil es den Krieg in seinen Niederungen in perfekter und abschreckender Form beschreibt.

Welche Musik hören Sie gerne?

Queen und die Toten Hosen

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Wein und Käse

Ihr liebstes Reiseziel?

Mallorca

Kurz notiert

Abschied von Ulrich Schmidt

Der Landtag nimmt am Freitag, 8. Oktober 2021, 10 Uhr, mit einer Gedenkstunde Abschied von seinem ehemaligen Präsidenten Ulrich Schmidt. Er war am 29. Juli 2021 im Alter von 79 Jahren gestorben. Präsident André Kuper würdigte das politische Lebenswerk des SPD-Politikers: „In Ulrich Schmidt verlieren wir in Nordrhein-Westfalen einen geradlinigen Demokraten und empathischen Sozialpolitiker, der über Parteigrenzen hinweg geschätzt und geachtet wurde und der die Politik unseres Landes über mehrere Jahrzehnte geprägt hat. Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt Ulrich Schmidt in großer Dankbarkeit.“ Schmidt war von 1995 bis 2005 Präsident des Landtags, von 1990 bis 1995 war er Vizepräsident. Insgesamt gehörte er dem Parlament 30 Jahre (1975 bis 2005) als Abgeordneter an. Die Gedenkstunde wird live im Internet übertragen unter www.landtag.nrw.de.

Trauer um Kurt Biedenkopf

Der Landtag trauert um seinen früheren Abgeordneten und Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Der langjährige Ministerpräsident von Sachsen war am 12. August 2021 im Alter von 91 Jahren gestorben. Präsident André Kuper sagte: „Kurt Biedenkopf war in den 80er-Jahren eine prägende Figur der Landespolitik und des Parlaments von Nordrhein-Westfalen. Er hat mit seinen Reden und seiner Programmatik in unterschiedlichen Funktionen Maßstäbe gesetzt.“ Biedenkopf war von 1980 bis 1988 Mitglied des Landtags, von 1980 bis 1983 auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Zwölf Jahre lang (1990 bis 2002) war er Ministerpräsident des Landes Sachsen.

Gestorben

- 30.6. Johannes Wilde (CDU/85)
MdL 1972 – 1990
- 6.7. Alfons Löseke (CDU/89)
MdL 1990 – 2000
- 12.7. Karl Ernst Strothmann (CDU/92)
MdL 1985 – 1995
- 12.7. Dr. Achim Rohde (FDP/85)
MdL 1985 – 1995
- 29.7. Ulrich Schmidt (SPD/79)
MdL 1975 – 2005
- 2.8. Ursula Kraus (SPD/91)
MdL 1980 – 1990
- 12.8. Prof. Dr. Kurt Hans Biedenkopf
(CDU/91) MdL 1980 – 1988

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 12. Oktober 2021.

Inforeise mit Eule Helene

Was ist eigentlich Nordrhein-Westfalen? Wo liegt der Landtag? Und was machen Politikerinnen und Politiker? Diese und viele andere Fragen von Kindern rund um das Landesparlament, die Abgeordneten und die Wahlen beantwortet Eule Helene in der neu aufgelegten Kinderbroschüre des Landesparlaments. Mit Rätseln können die Kinder ihr neu erlangtes Wissen testen. Die Broschüre richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4. Sie kann beim Landtag bestellt werden, auch als Klassensatz: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de

Foto: Schälte

